

Das Rätsel Entwicklungspolitik - eine Bestandsaufnahme: Beiträge der Sektions- und Ad-hoc-Gruppen

Freyhold, Michaela von

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Freyhold, M. v. (1987). Das Rätsel Entwicklungspolitik - eine Bestandsaufnahme: Beiträge der Sektions- und Ad-hoc-Gruppen. In J. Friedrichs (Hrsg.), 23. *Deutscher Soziologentag 1986: Sektions- und Ad-hoc-Gruppen* (S. 29-32). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-149798>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Das Rätsel Entwicklungspolitik – Eine Bestandsaufnahme

Michaela von Freyhold (Bremen)

Wer an Hand der vorhandenen entwicklungspolitischen Literatur zu klären sucht, ob nun die von der Bundesrepublik vergebene staatliche Entwicklungshilfe den ärmeren Menschen in der Dritten Welt in der Regel eher genutzt oder geschadet hat und weiterhin fragt, ob innerhalb der Strukturen, in denen die staatliche Entwicklungshilfe vergeben wird, ökologische, ökonomische und soziale Möglichkeiten und Gefahren im Empfängerland angemessen berücksichtigt werden können, stößt auf einen recht unbefriedigenden Erkenntnisstand, der durch allgemeine Behauptungen überdeckt wird. Die Lücken ergeben sich nicht nur daraus, daß die Frage nach Funktions- und Wirkungsweise von Entwicklungspolitik oft zwischen der Politik- und der Verwaltungswissenschaft hindurchfällt, sondern vor allem dadurch, daß sich die entwicklungspolitische Praxis weitgehend der öffentlichen und der wissenschaftlichen Beobachtung und Kontrolle entzieht und selbst die parlamentarische Kontrolle nur höchst oberflächlich ist.

Projektwirklichkeit und Wirkungsanalyse

Im Bezug auf die Projektwirklichkeit und die längerfristigen Auswirkungen von Entwicklungsprojekten ist außer Listen und Kurzdarstellungen, die die Art der Projekte benennen, nur das bekannt, was die Presse und entwicklungspolitische Arbeitsgruppen unsystematisch zutage fördern. Das BMZ evaluiert hausintern etwa 6 % seiner Projekte und auch diese selten im Hinblick auf längerfristige Auswirkungen. Diese Evaluationen sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Veröffentlicht werden lediglich allgemeine Feststellungen, wonach die Projekte meist positiv bewertet worden sind und in einzelnen Sektoren manchmal spezifische Probleme aufgetreten seien. Von der Mehrzahl der Projekte weiß weder das BMZ noch die Öffentlichkeit, was sie konkret bewirkt haben.

Zielsetzungen der Entwicklungspolitik

Statt konkreter Analysen der entwicklungspolitischen Wirklichkeit findet in der entwicklungspolitischen Diskussion eher eine Auseinandersetzung mit den theoretisch unterstellten oder offiziell verkündeten Zielsetzungen statt. Die häufig getroffene Feststellung, daß Entwicklungspolitik nicht dem Interesse der Empfängerländer (wie immer man das definiert) oder gar dem der ärmeren sozialen Gruppen in diesen Ländern dienen könne, weil außenhandelspolitische und außenpolitische Interessen der Bundesrepublik stets in die Entwicklungspolitik hineingewirkt haben, reicht nicht aus, solange ungeklärt bleibt, worin denn genau die Beschränkungen bestehen, die derartige Rücksichten der Entwicklungspolitik auferlegen. Konkret läßt sich zwar z.B. das "Gießkannenprinzip" aus solchen Interessen ableiten, d.h. das Unterfangen in möglichst allen Ländern entwicklungspolitisch präsent zu sein, sowie die eher innenpolitisch bestimmte Zurückhaltung von Entwicklungshilfe gegenüber einzelnen sozialistischen Entwicklungsländern, aber nicht viel mehr. Noch weniger gibt die Analyse der verlautbarten Zielsetzungen der Entwicklungsminister her, die stets so allgemein und mehrdimensional gefaßt waren, daß sich damit fast jede Projektpolitik hätte begründen lassen. Auch die Auswirkungen des Lobbyismus einzelner Branchen und Konzerne sind keineswegs ausreichend untersucht. Beantworten läßt sich allenfalls die Frage, warum seinerzeit überhaupt mit der Entwicklungshilfe begonnen wurde, auf Druck der Alliierten nämlich, im Zeichen des kalten Krieges und um der noch unbestimmbaren Herausforderung der Blockfreienbewegung etwas entgegenzusetzen. Inzwischen ist Entwicklungszusammenarbeit selbstverständlich geworden zur Pflege des "internationalen Ansehens", aber auch um die entwicklungspolitische Öffentlichkeit im eigenen Lande, die inzwischen entstanden ist, einzubinden. Ansonsten aber führt die Frage nach den "Zielen" der Entwicklungspolitik weitgehend in die Irre. Die Zieldiffusität ist in diesem Bereich noch größer als in anderen Politikbereichen. An ihren eigenen Ansprüchen wird man sie deshalb auch nicht messen können.

Die Organisation der Entwicklungspolitik

Bekannt ist, daß zwar die entwicklungstheoretische Diskussion mit Ausnahme der Diskussionen um Grundbedürfnisstrategien in der Praxis kaum einen Niederschlag gefunden haben. Zugenommen hat dagegen das "Durchführungswissen", d.h. die technisch-administrative Kompetenz. Nicht untersucht ist dabei die Frage, was in diesem Zusammenhang aus dem Antragsprinzip geworden ist, das die neue Bundesregierung nun auch offiziell als nicht länger verbindlich betrachtet. Nach dem Antragsprinzip ging die Projektidee angeblich vom Empfängerland aus. Wie Projektideen tatsächlich entwickelt werden, bis sie die Antragsreife erreichen, darüber fehlen Studien. Bekannt sind einige strukturelle Hindernisse in bezug auf grundbedürfnisorientierte und zielgruppenadäquate Projektplanung: Die vorgegebenen Größenordnungen und das Bedürfnis der Entwicklungsbürokratie, möglichst große Teilmengen an Geld auf einmal unterzubringen, zusammen mit professionellen Standards, deutschen Sicherheitsbestimmungen etc. verführt zu unnötig großen, und damit der Selbstverwaltung schlecht zugänglichen Projekten und zu unnötig aufwendigen Technologien. Der Zeitdruck, unter dem Projekte vorgeprüft und geplant werden, die geringen soziokulturellen Vorkenntnisse derer, die daran beteiligt sind und der Unwillen vieler Empfänger, ausländische Geber sogar schon vor der Gabe in inneren Angelegenheiten herumstochern zu lassen, verhindert oder erschwert den Kontakt und erst recht den Dialog mit Zielgruppen und Betroffenen. Die Hierarchie im Gefüge der Entwicklungsbürokratie sorgt dafür, daß die Grundsatzentscheidungen darüber, ob ein Projekt durchgeführt werden soll, dort getroffen werden, wo die Kenntnis der konkreten Voraussetzungen im Empfängerland am geringsten ist, nämlich im BMZ und nicht in den Ausführungsorganisationen und innerhalb des BMZ wiederum dort, wo konzeptionelle Arbeit kaum geleistet wird, nämlich in den Ländern und Regionalreferaten, und nicht in den Sektorreferaten, die ihre Konzepte als Lobbyisten vertreten müssen. Ob in diesem Zusammenhang dann die beobachtete Tendenz zur Verselbständigung der Ausführungsorganisationen der Qualität der Entwicklungshilfe förderlich oder hinderlich ist, bleibt unentscheidbar.

Die Zieldiffusität erschwert nicht nur die Auswahl entwicklungs- politisch "guter" Projekte, sondern auch die Erfolgskontrolle. Erst neuerdings ist man dazu übergegangen, zumindest formal . . Ziele zu benennen, die mit einem Projekt erreicht werden sollen. Sozialwissenschaftliche Gutachter haben wenig Einfluß auf die Projektgestaltung. Bei Ex-ante Gutachten ist ihre Aufgabe genau eingegrenzt, bei ex-post Gutachten haben sie mehr Freiheit, aber oft landen die Gutachten in der Schublade, ebenso wie all das, was vor oder nach dem Projekt an Hintergrunddaten im weiteren Sinne zusammengetragen wird.

Die Wende

Berichte über die Veränderung der Entwicklungspolitik unter der CDU-Regierung sind meist übertrieben. Geändert hat sich vor allem die Rhetorik. Bekannt ist die Verschiebung der Entwicklungszusammenarbeit von Nicaragua auf El Salvador und die Verschiebung von bereits genehmigten Mitteln auf die sog. "Mischfinanzierung", die für Konzerne hier und reichere Entwicklungsländer in der 3. Welt förderlich ist. Andere Bestrebungen, die Privatwirtschaft in der BRD noch stärker in die Entwicklungspolitik einzubeziehen, haben wenig bewirkt.

Forderungen

Daß rd. 8 Mrd DM pro Jahr abfließen, ohne daß sich sagen ließe, wieviel Nutzen oder Schaden sie anrichten, ist Grund genug, eine umfassende Evaluation zu fordern. Worum sich Wissenschaft und Öffentlichkeit bemühen sollten, ist die gesetzlich verankerte Pflicht zur Evaluation aller staatlichen Projekte, die Veröffentlichung der Gutachten (falls notwendig, anonymisiert) und die Bestellung der Gutachter durch eine unabhängige Institution. Sinnvoll wäre auch eine bessere Koordination zwischen Sozialforschern, die in verschiedenen Ländern über Fragen der Entwicklungspolitik arbeiten, die es ermöglichen würde, einer ganzen Reihe von Fragen mehr "flächendeckend" und komparativ nachzugehen.